Stadt Osnabrück

P r o t o k o l l

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Nahne (18)

am Mittwoch, 8. Juli 2015 Dauer: 19:30 Uhr bis 21:45 Uhr
Ort: Pfarr- und Jugendheim St. Ansgar, Nahner Kirchplatz 2

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:	Herr Beigeordneter Dr. E. h. Brickwedde
von der Verwaltung:	Herr Stadtrat Fillep, Vorstand Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen
	Herr Drees, Fachbereich Städtebau / Fachdienst Verkehrsplanung
	Herr Damerow, Osnabrücker ServiceBetrieb / Fachdienstleitung Planung und Bau
von der Stadtwerke Osnabrück AG:	Herr Schulte, Stadtwerke Osnabrück AG / Planung Bus
Protokollführung:	Herr Goedecke, Referat Strategische Steuerung und Rat

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1	Bericht aus der letzten Sitzung
2	Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
	a) Sachstand der Bauarbeiten in der Straße Wiesental und im Paradiesweg
	b) Sutthauser Straße - Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an den Knotenpunkten der Anschlussstelle A30-Sutthausen
	c) Erhalt des Grünabfallplatzes am Paradiesweg
	d) Geplante Schließung der Sparkasse in Nahne
	e) Sachstand Ausbau Höchstspannungsleitungen – Trasse 18
	f) Organisation der Bürgerforen: Zeitabstand zwischen den Sitzungen
	g) Demografischer Wandel – Nahversorgung in den äußeren Stadtteilen
3	Stadtentwicklung im Dialog
4	Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
	a) Bushaltestellen in Nahne: Fehlende Mülleimer
	b) Anbringung von Hinweisschildern zur Verdeutlichung der Verkehrssituation in den Einbahnstraßen Wirwin-Esch, Unterm Berge und Potthoffweg
	c) Busfahrpläne der Stadtwerke Osnabrück online einsehen
	d) Barrierefreier Zugang Franz-Hecker-Schule Osnabrück
	e) Durchführung einer Verkehrszählung im Paradiesweg
	f) Schließung des Altenwohnzentrums der AWO am Schölerberg
	g) Verkehrsführung von der BAB-Ausfahrt Osnabrück-Nahne Richtung Stadtteil Nahne

Herr Dr. E. h. Brickwedde begrüßt ca. 30 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Hus und Herrn Niemann - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Dr. E. h. Brickwedde verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 4. März 2015 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Sachstand der Bauarbeiten in der Straße Wiesental und im Paradiesweg

Frau Gutendorf, Vorsitzende des Bürgervereins Nahne, erkundigt sich nach dem Sachstand der Baumaßnahmen in den genannten Straßen in Nahne.

Herr Drees trägt den aktuellen Sachstand der Baumaßnahmen vor:

3. Bauabschnitt Wiesental
Kanalbauarbeiten und Straßenbauarbeiten

Der 3. Bauabschnitt „Wiesental“ von der Ansgarstraße bis zum Paradiesweg wurde an die Firma Dieckmann aus Osnabrück vergeben. Baubeginn war im März 2015 mit dem Kanalbau.

Kanalbauarbeiten:
Zurzeit werden die letzten Kanalbauarbeiten in der letzten Haltung (vorletzter bis zum letzten Schacht) im Wiesental durchgeführt. Weiter müssen noch einige Hausanschlüsse hergestellt werden. Dauer dieser Arbeiten voraussichtlich circa 4 Wochen (bis etwa Ende Juli 2015).

Straßenbauarbeiten:
Die Straßenbauarbeiten wurden Mitte Juni 2015 im Kreuzungsbereich Ansgarstraße/ Wiesental begonnen. Zurzeit werden im ersten Abschnitt Wiesental (von der Ansgarstraße bis zur Kardinal-von-Galen-Straße) die Bordsteine und Rinnen gesetzt.
Im Anschluss werden dann die Gehwege hergestellt.
Der weitere Bauablauf sieht vor, dass die Straße in zwei weiteren Abschnitten hergestellt wird. Der Fertigstellungstermin soll Ende November 2015 sein.

Paradiesweg:
Hier sollten im Herbst 2015 die Arbeiten für die Versorgungsträger erfolgen, damit ab Anfang 2016 die Kanalbauarbeiten und Straßenbauarbeiten im Anschluss erfolgen können.

Ergänzung Stadtwerke Osnabrück AG:
Nach Fertigstellung der Straße „Wiesental“ beginnen die Versorgungsarbeiten im Paradiesweg. Der Baustart wird voraussichtlich Anfang Herbst 2015 sein. Danach erfolgen die Kanal- und Straßenbauarbeiten in verschiedenen Abschnitten (aufgrund der Verkehrsführung) im Paradiesweg. Die Fertigstellung wird voraussichtlich Mitte/Ende 2018 erfolgen.

Frau Gutendorf berichtet, dass die Bauarbeiten zügig vorangehen. Außerdem würden die Baumaterialien und Maschinen zum Wochenende hin so zur Seite geräumt, dass der Bereich nicht übermäßig zugestellt werde.

Ein Bürger erkundigt sich nach dem voraussichtlichen Ende der Maßnahmen. Ursprünglich sei immer Ende 2017 als Enddatum genannt worden.

Herr Drees erklärt, dass die Daten noch einmal geprüft und zu Protokoll gegeben werden.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Nach den aktuellen Planungen soll die Fertigstellung der Maßnahmen im Paradiesweg zwischen Anfang und Mitte 2018 erfolgen.

2 b) Sutthauser Straße - Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an den Knotenpunkten der Anschlussstelle A30-Sutthausen

Frau Gutendorf und Herr Wilkewitz bitten um die Vorstellung der Planungen für die Knotenpunkte im Bereich der BAB Anschlussstelle A30 - Sutthausen.

Herr Drees stellt die Planungen anhand einer Präsentation vor:

Die beiden Knotenpunkte an der Anschlussstelle A30-Sutthausen sind derzeit in den verkehrlichen Spitzenstunden überlastet. Die Qualitätsstufen gemäß dem Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen (HBS) erreichen derzeit sowohl in der Morgen- als auch Abendspitzenstunde die Bewertung F (ungenügend). Kritisch ist vor allem die Tatsache, dass sich Rückstaus bilden, die zeitweise bis auf die Autobahn reichen. Durch relativ kurzfristig umzusetzende Maßnahmen wie beispielsweise Markierungsänderungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Änderungen an der Signalsteuerung kann die Situation für den Individualverkehr deutlich verbessert werden. Dies betrifft einerseits die verkehrliche Leistungsfähigkeit, aber auch die Verkehrssicherheit für den Kfz-Verkehr, Radfahrer und Fußgänger. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, dass die bestehende gute Busbeschleunigung durch die geplanten Maßnahmen nicht beeinträchtigt wird.

Die erarbeitete Lösung zeichnet sich dadurch aus, dass der ÖPNV künftig nicht mehr mit dem Individualverkehr konkurriert, sondern in gemeinsamen Signalphasen freigegeben wird. Die gewonnenen Grünzeiten werden auf die untergeordneten Äste, die zukünftig an beiden Knoten nicht mehr gleichzeitig grün erhalten, verteilt.

Die Qualitätsstufen steigern sich für die Morgenspitzenstunde auf C (befriedigend) bzw. nachmittags auf D (ausreichend). Die Gesamtbewertung eines Knotenpunktes hängt jedoch stets von der schlechtesten Einzelbewertung eines Fahrstreifens. Einzelne Fahrstreifen erreichen eine deutlich bessere Bewertung.

Im Knotenpunkt Hermann-Ehlers-Straße / Am Wulfter Turm werden die Änderungen dahingehend bemerkbar sein, dass sich im Ast Am Wulfter Turm die Spuraufteilung verändert, ohne jedoch baulich einzugreifen. Der Verkehr aus dieser Richtung wie auch von der Autobahn erhält zukünftig, wie bereits zuvor angedeutet, jeweils eine eigene Ampelphase. Die Leistungsfähigkeit der Zufahrten von der Autobahn und Am Wulfter Turm erhöht sich dadurch deutlich. Auch der aus Richtung Sutthausen kommende Linksabbieger zur Autobahn kann zukünftig konfliktfrei, d. h. in eigener Ampelphase abbiegen.

Die geometrisch ungünstige Zuführung der Straße Am Wulfter Turm wird aus Kostengründen erst im Zuge eines Ausbaus der Hermann-Ehlers-Straße optimiert.

Im nördlich der Autobahn gelegenen Knoten sorgen ebenfalls eigene Grünphasen in den Ästen der Autobahnabfahrt und der Eduard-Pestel-Straße für mehr Leistungsfähigkeit und Sicherheit.

Die Verwaltung strebt eine schnellstmögliche Umsetzung an. Zunächst müssen jedoch die Ausführungsplanung sowie Ausschreibung und Vergabe erfolgen. Der Beginn der Umsetzung kann daher erst zum Jahresende avisiert werden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass man früher von den Supermärkten Aldi und Marktkauf geradeaus über einen Rechtsabbieger in Richtung Stadt fahren konnte. An dieser Stelle gebe es jetzt ein Fuß-/Radweg.

Ein Bürger berichtet, dass sich der Verkehr zur Feierabendzeit an der Anschlussstelle A30 aus Richtung Stadt in Richtung Holzhausen bis zur Höhe des an der Straße ansässigen Blumengeschäftes staut.

Ein Bürger legt dar, dass die der Autobahnabfahrt gegenüberliegende Kreuzungsseite auch reibungsloser funktioniere, wenn die Autobahnabfahrt an der Anschlussstelle Sutthausen separat geschaltet werde.

2 c) Erhalt des Grünabfallplatzes am Paradiesweg

Frau Gutendorf fordert den Erhalt des Grünabfallplatzes am Paradiesweg.

Herr Damerow trägt die Stellungnahme des Osnabrücker ServiceBetriebes vor. Er betont, dass sich das Verfahren zur Prüfung der Standorte für Grünabfallsammelplätze noch ganz am Anfang befinde und noch keine Aussage zum Erhalt oder zur Schließung bestimmter Standorte getroffen werden könne.

Er berichtet, dass der Osnabrücker ServiceBetrieb in den vergangenen Monaten an einem Strategiepapier für die zukünftige Erfassung von Gartenabfällen und Wertstoffen gearbeitet hat, welches derzeit politisch diskutiert wird.

Mit einem neuen Wertstoffhofkonzept sollen verschiedene Ziele verfolgt werden:

- Erweiterung des Angebotes zur Erfassung von Wertstoffen und Abfällen für die Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger.
- Erhaltung/Schaffung von räumlich sinnvollen Erfassungsstandorten.
- Senkung von Kosten zur Gebührenstabilisierung.

Um diese Ziele zu verfolgen wurden verschiedene Aspekte untersucht, um eine aussagekräftige Datengrundlage für ein neues Wertstoffhofkonzept zu erhalten:

- Größe und Infrastruktur der derzeitigen Plätze.
- Ausbaufähigkeit einzelner Plätze.
- Auswirkungen bei Schließung einzelner Plätze.
- Möglichkeiten einer Alternativnutzung der Plätze.
- Nutzung alternativer Standorte.
- Anlieferstatistik.
- Personalsituation.

Auf Basis dieser Datenbewertung soll ein kostengünstiges und effektives Wertstoffhofkonzept bürgerorientiert entwickelt werden.

In Abhängigkeit von Einsparzielen, Investitionsmöglichkeiten, Vorgaben zu Öffnungszeiten, -tagen und Standorten und einem angestrebten Servicelevel gibt es unterschiedliche Varianten, deren Umsetzbarkeit in Abhängigkeit und dem Zusammenspiel von unterschiedlichen Faktoren zu bewerten ist.

Eine Entscheidung zu den Standorten (ob Ausbau, Schließung oder veränderte Öffnungszeiten) ist derzeit noch nicht getroffen und wird erst nach politischer Diskussion den städtischen Gremien zur Abstimmung vorgelegt.

Sofern Plätze ganz geschlossen werden sollten, wird in einem neuen Konzept darauf geachtet, dass die Entfernung zu einem Ersatzstandort für die Bürgerinnen und Bürger angemessen und gleichwertig verteilt wird.

Ein Bürger äußert die Befürchtung, dass Garten- und Grünabfälle in den angrenzenden Waldstücken entsorgt würden, wenn der Grünabfallsammelplatz in Nahne geschlossen werden sollte.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt dar, dass die Diskussion noch ganz am Anfang stehe. Jeder einzelne Standort werde in dem anstehenden Prozess genau geprüft und in der Politik diskutiert.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. E. h. Brickwedde erklärt Herr Damerow, dass noch kein konkreter Termin für den Beginn der Prüfung verschiedener möglicher Varianten genannt werden könne.

Frau Gutendorf erklärt, dass die Einwohner in Nahne besorgt seien. Es gebe im Umfeld keine gut zu erreichende Alternative. Dies gelte auch für den Grünabfallsammelplatz in Sutthausen. Aktuell würden viele Garten- und Grünabfälle zu Fuß, beispielsweise mit Schubkarren, zum Sammelplatz gebracht. Im Falle einer Schließung des Sammelplatzes in Nahne wäre dies nicht mehr möglich. Dies würde in der Folge zu einer weiteren Zunahme des Autoverkehrs führen. Sie legt dar, dass viele Nutzer des Sammelplatzes sicherlich auch mit einer Reduzierung der Öffnungszeiten einverstanden wären, wenn der Sammelplatz in Nahne dadurch erhalten werden könne.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erklärt, dass die Hinweise aufgenommen werden und in der Politik im weiteren Verfahren diskutiert werden.

2 d) Geplante Schließung der Sparkasse in Nahne

Frau Gutendorf möchte wissen, nach welchen Kriterien die voraussichtliche Schließung der Sparkasse in Nahne beschlossen worden ist. Sie weist darauf hin, dass in Nahne eine umfangreiche Infrastruktur vorhanden ist.

Herr Fillep verliest die Stellungnahme der Sparkasse Osnabrück:
Die Sparkasse Osnabrück hat in diesem Jahr ein Zukunftsprogramm aufgelegt, um die veränderten Kundenbedürfnisse noch besser zu erfüllen. Auch die Kostenstruktur und Wirtschaftlichkeit wird damit heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht. Die Sparkasse Osnabrück hat entschieden, das telefonische und digitale Angebot auszubauen und gleichzeitig das Filialnetz zu straffen. Der Verwaltungsrat hat diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt „Das erneut erfolgreiche Geschäftsjahr 2014 gibt für dieses ehrgeizige dreijährige Programm den nötigen Rückenwind“, so Vorstandsvorsitzender Johannes Hartig. „Bei der Umsetzung werden wir allen Kunden, die von Filialschließungen betroffen sind, gute Alternativen bieten.“

Das Investitionsprogramm sieht vor, dass die Sparkasse Osnabrück über den Ausbau des bestehenden, sicheren und leicht zugänglichen Online-Bankings hinaus in weitere digitale Kanäle investiert. Zukünftig wird auch eine Beratung über Text- und Video-Chat möglich sein. Die telefonischen Gesprächsangebote durch das eigene ServiceCenter, in dem bereits jetzt 41 Sparkassenmitarbeiter Kundinnen und Kunden betreuen, werden ebenfalls weiter gestärkt. „Wir bauen ein Beratungsteam auf, das Kundinnen und Kunden telefonisch, im Chat und auch in der elektronischen Kommunikation betreuen wird“, erläutert Hartig.

Gleichzeitig betont Hartig aber auch: „Das Filialnetz ist und bleibt der genetische Code unserer Sparkasse!“. Allein in den letzten drei Jahren flossen rund 9 Millionen Euro in die Standorte vor Ort. Für dieses Jahr sind Investitionen von mehr als 3 Millionen Euro geplant. Es wurde geprüft, welche Standorte tatsächlich ausreichend angenommen werden und zukunftsfähig sind, so Hartig. Die Analyse hat ergeben, dass eine Straffung des Filialnetzes sinnvoll ist. 17 Filialen, überwiegend kleinere Standorte, werden aufgrund der geringen Kundennutzung mit anderen Standorten zusammengefasst. Maßgeblich für die jeweilige Entscheidung war hier immer auch die Nähe zu einer weiteren Filiale der Sparkasse. Erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank erheblichen Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Sparkassen hat.

Ab Ende 2015 werden in Osnabrück folgende Filialen geschlossen: Atter, Dodesheide, Kalkhügel, Nahne, Ölweg, Pye und Wüste. Im Landkreis sind betroffen die Standorte in Belm Lindenstraße, Dörenberg, Gaste, Glane, Harderberg, Lechtingen, Rabber, Rulle, Vehrte, Wissingen. „Spätestens drei Monate vor der Schließung schlagen wir jedem betroffenen Kunden eine Alternative vor“, erklärt Hartig das Vorgehen. „Natürlich entscheiden unsere Kunden, wo sie zukünftig beraten werden möchten.“ Betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeitern wird die Sparkasse Osnabrück selbstverständlich nicht aussprechen. Der erste Standort, der geschlossen wird, ist im September Belm Lindenstraße. Die Kunden dieser Geschäftsstelle wurden bereits informiert. Zukünftig ist die Sparkasse Osnabrück für ihre Privatkunden in ihrer Hauptstelle sowie mit mehr als 400 Beratern in 41 weiteren Standorten, fünf ImmobilienCentern, acht Vermögensbetreuungen, einem Private Banking und 43 Geldversorgungspunkten in Stadt und Landkreis Osnabrück vertreten.

„Es ist unser Grundsatz, nah bei den Menschen zu sein. Wir sind nach wie vor flächendeckend vertreten und haben das größte Standortnetz in der Region. Mit der Erweiterung unseres digitalen Angebotes und dem Ausbau unseres telefonischen Beratungsangebotes sind wir darüber hinaus für unsere Kunden zukünftig noch besser erreichbar“, so das Fazit von Hartig. Auch die Schließung der Filiale Nahne wurde nach den grundsätzlichen Kriterien wie geringer Kundenfrequenz entschieden. Außerdem befinden sich die Filialen Meller Str. und Rosenplatz in der Nähe.

Herr Dr. E. h. Brickwedde berichtet, dass er und auch das ebenfalls anwesende Ratsmitglied Herr Hus Mitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse sind. Er legt dar, dass die Sparkasse ein Konzept zur Bewertung der Filialstandorte in der Stadt und im Landkreis entwickelt habe, in welchem einheitliche, objektive Kriterien festgelegt worden seien.

Er erläutert, dass sich das Kundenverhalten geändert habe. Viele jüngere Kunden würden nicht mehr in die Filialen gehen, sondern würden die vorhandenen Onlineangebote nutzen. Die Sparkasse müsse darauf reagieren und sich dem geänderten Kundenverhalten anpassen. Des Weiteren seien in Folge der Bankenkrise vor einigen Jahren die Sicherheitsauflagen für Banken deutlich erhöht worden. Die vorgeschriebene Eigenkapitalquote sei deutlich erhöht worden. Dies führe dazu, dass viel Geld in der Bildung von Rücklagen gebunden sei. Gleichzeitig sei es nicht mehr im gleichen Maße wie bis vor einigen Jahren möglich, Einnahmen durch Zinsgewinne zu erwirtschaften.

Aus diesen Gründen sei es erforderlich gewesen, zu überprüfen, wie viele Filialen geschlossen werden können und an welchen Standorten. Hierbei seien sowohl die Filialen im Stadtgebiet als auch im Landkreis in die Prüfung mit einbezogen worden. In der Regel sei das Hauptentscheidungskriterium die Kundenzahl gewesen.

Herr Hus erläutert ergänzend, dass in allen Fällen auch die Entfernung zum nächsten Filialstandort geprüft worden sei. Er legt dar, dass mit der Überprüfung des Filialnetzes eine Maßnahme nachgeholt werde, die in vielen anderen Sparkassenbezirken bereits vor längerer Zeit durchgeführt worden sei. Er erklärt, dass sowohl die Vertreter des Landkreises

als auch der Stadt im Verwaltungsrat den Vorschlägen der Sparkasse übereinstimmend zugestimmt hätten, weil eine klare Notwendigkeit vorliege.

Ein Bürger legt dar, dass neben der Möglichkeit zur Nutzung von Onlinediensten auch die Verfügbarkeit von Bargeld sichergestellt werden müsse. Er weist darauf hin, dass in einigen Städten „kleine Sparkassenhäuschen“ aufgestellt werden. In diesen sei es dann möglich, an einem Automaten Bargeld abzuheben und Kontoauszüge auszudrucken. Er regt an, diese Möglichkeit als Ersatz für die Stadtteile zu prüfen, in denen Filialen geschlossen werden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt dar, dass diese Möglichkeit bereits diskutiert worden sei. Allerdings seien die Bankautomaten neben den Personalkosten der größte Kostenfaktor in den Filialen. Dies liege unter anderem an den Qualitätsanforderungen an die Datenleitungen, über welche die Bankautomaten mit dem Sparkassennetz verbunden werden müssten. Die hohen Kosten für die Aufstellung und den Betrieb solcher Bankautomaten würden dem Ziel entgegenstehen, Kosten durch die Schließung von Filialen einzusparen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass von einigen anderen Banken Bankautomaten in Supermärkten aufgestellt würden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde weist darauf hin, dass die Sparkasse bundesweit das dichteste Filialnetz hat.

Eine Bürgerin kritisiert, dass die Sparkassenfiliale in Sutthausen zu weit entfernt sei.

Frau Gutendorf erklärt, dass sie am vorhergehenden Tag im Rahmen eines Termins bei der Sparkasse eine Unterschriftenliste von Bürgern aus Nahne überreicht habe, welche sich für einen Erhalt der Sparkassenfiliale in Nahne ausgesprochen hätten.

Sie weist darauf hin, dass die nächste Filiale der Sparkasse am Rosenplatz etwa zwei bis drei Kilometer entfernt sei. Mit Hin- und Rückweg sei dies dann eine Gesamtstrecke von fünf Kilometern. Diese Strecke könne insbesondere von älteren Anwohnern nicht zu Fuß zurückgelegt werden. Das gleiche gelte auch für die Sparkassenfiliale an der Meller Straße. Sie legt dar, dass die Bürger aus Nahne somit auf den Bus oder das Auto angewiesen seien. Allerdings gebe es an beiden genannten Standorten keine Parkplätze.

Ein Bürger berichtet, dass sich viele ältere Menschen unsicher seien, wie sie sich in Zukunft selbstständig versorgen können. Die Filiale am Rosenplatz sei nur mit dem Bus zu erreichen. Es müsse demnach immer ein teures Busticket gekauft werden, wenn man Bargeld abheben wolle. Er legt dar, dass viele ältere Menschen keinen Computer besitzen würden oder unsicher im Umgang mit diesem seien. Er betont, dass keine großen Filialen erforderlich wären, sondern ein kleiner Raum mit einem Bankautomaten und einem Ansprechpartner.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Sparkasse Gewinne erwirtschaften würde, welche doch letztendlich auch der Stadt zugutekommen würden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt dar, dass die Überschüsse, welche durch die Sparkassen erzielt werden könnten, immer geringer würden. Hinzu komme, dass ein großer Teil der Gewinne wieder investiert werden müsse, oder für die Bildung von Rücklagen einbehalten werde. Er berichtet, dass sowohl der Landkreis als auch die Stadt seit Jahren keine Ausschüttungen seitens der Sparkasse erhalten hätten. Er weist darauf hin, dass durch die Sparkassen Projekte, Vereine und ähnliches im gemeinnützigen Bereich gefördert würden. Es gebe für Bürger außerdem die Möglichkeit, sich direkt an die Sparkassenstiftung zu wenden und auf Anliegen hinzuweisen.

Herr Fillep erläutert nochmals, dass infolge des Bankencrashs die Sicherheitsvorgaben für Banken deutlich erhöht worden seien und infolgedessen die Eigenkapitalanlagen erhöht

werden müssen. Er legt dar, dass die Sparkasse über ein dichtes Filialnetz verfüge. Jede Filiale verursache jedoch für die Sparkasse hohe Verluste. Die Sparkasse könne diese Verluste nur bis zu einem gewissen Anteil ausgleichen, deshalb müssten zum Teil unliebsame Einschnitte erfolgen, um die Versorgung insgesamt weiter gewährleisten zu können. Er weist darauf hin, dass von den geplanten Filialschließungen auch Sparkassenfilialen im Landkreis betroffen seien. Im Landkreis seien die Entfernungen zur nächsten Sparkassenfiliale zum Teil deutlich größer.

Ein Bürger fragt, ob es für die Zukunft abzusehen sei, dass noch weitere Filialen geschlossen werden. Er legt dar, dass das Hauptproblem die Möglichkeit zum Abheben von Bargeld sei. Er weist darauf hin, dass andere Banken teilweise Bankautomaten in Supermärkten aufstellen würden. Er regt an, diese Möglichkeit zu prüfen.

Frau Gutendorf legt dar, dass dies eine gute Alternative wäre, da der Automat geschützt sei und bereits viele Leute regelmäßig vor Ort seien.

Herr Fillep erklärt, dass die Sparkasse von Anfang an das dichteste Filialnetz gehabt habe, um auch Beratung anbieten zu können. Allerdings sei der Beratungsbedarf der Kunden inzwischen geringer. Andere Banken hätten auf diese Entwicklung schon früher reagiert und Filialen geschlossen.

Ein Bürger legt dar, dass es möglich sei, größere Entfernungen zurückzulegen, um einen Beratungstermin wahrzunehmen. Es sei jedoch erforderlich, dass vor Ort Bargeld abgehoben werden könne.

Herr Fillep legt dar, dass die Möglichkeit bestehe, die Bank zu wechseln, falls vor Ort ein Bankautomat einer anderen Bank vorhanden sei. Des Weiteren gebe es zum Teil auch Kooperationen der Sparkasse mit Tankstellen oder Geschäften. In diesen könne dann auch Bargeld abgehoben werden. Er erklärt, dass im Rahmen der Schließung der Sparkasse in Nahne über die vorhandenen Alternativen berichtet werde.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erklärt, dass die Rückmeldungen und die Stimmung aufgenommen werden. Er betont abschließend noch einmal, dass es sich bei der vorliegenden Entscheidung um einen Kompromiss zur langfristigen Erhaltung der Struktur der Sparkasse handele.

2 e) Sachstand Ausbau Höchstspannungsleitungen – Trasse 18

Frau Gutendorf erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des Ausbaus der Höchstspannungsleitungen im Bereich der Trasse 18.

Herr Drees verliest die Stellungnahme der Verwaltung:
Bezüglich des weiteren Verlaufs des Planfeststellungsverfahrens für die geplante 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Lüstringen - Westerkappeln hat die zuständige Behörde, die Niedersächsische Behörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens informiert:

- Die Amprion GmbH hat die Beantwortung der eingegangenen Stellungnahmen Ende Mai / Anfang Juni 2015 der NLStBV vorgelegt.
- Nach NLStBV müssen noch einige Punkte von der Amprion nachgearbeitet werden.
- Der Erörterungstermin wird voraussichtlich im Zeitraum 26.10.- 13.11. stattfinden können. Vermutlich wird wegen der niedersächsischen Herbstferien ein Termin im November stattfinden. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt.
- Angesetzt werden für den Erörterungstermin 3 Tage (2 Tage fest plus 1 Tag als Ausweichtermin / nach Bedarf)
- Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger / Anregungsgeber und Anregungsgeberinnen, Kommunen, Träger öffentlicher Belange und Verbände werden zu dem Erörterungstermin

eingeladen werden. Es handelt sich also in dem Sinne nicht um eine öffentliche Veranstaltung.

Bezüglich der von vielen Seiten erhobenen Forderungen nach einer Erdverkabelung dieser geplanten Höchstspannungsleitung (u.a. Bürgerinitiative „Anwohner der Trasse 18, Stadt Osnabrück) hat der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herr Sigmar Gabriel, in einem Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister Wolfgang Griesert im April diesen Jahres folgendes mitgeteilt:

„Mit der Aufnahme des EnLAG-Vorhabens Nummer 18 in den dortigen Bedarfsplan (Anlage zum Gesetz) wurde vom Gesetzgeber die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf dieses Vorhabens festgestellt. Ich habe bisher keine Anzeichen, dass sich hier der Netzausbaubedarf geändert haben sollte. Bitte haben Sie insgesamt Verständnis dafür, dass – über die bisherigen und im Regierungsentwurf vorgesehenen Pilotvorhaben hinaus – nicht weitere Abschnitte einzelner Netzausbauvorhaben oder gesamte Leitungen neu als Pilotprojekte zur Erdverkabelung in das EnLAG aufgenommen werden können.“

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass das vorliegende Schreiben nicht den endgültigen Sachstand darstellen müsse. Es gebe einen hohen politischen Druck hin zum Einsatz von Erdverkabelung in Bereichen, die sich nah an vorhandener Wohnbebauung befinden. Er weist darauf hin, dass sich der Rat der Stadt für eine Erdverkabelung einsetze. Er legt dar, dass die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende davon abhängig sei, dass die Stromnetze von Nord nach Süd funktionieren. Für die konventionellen oberirdischen Stromtrassen seien - zumindest in einigen Abschnitten - jahrelange Rechtsstreitigkeiten mit Anwohnern und Initiativen zu erwarten. Deshalb sei es unter Umständen zielführender, direkt die Möglichkeit der Erdverkabelung zu prüfen. Hinzu komme, dass die Technik der Erdverkabelung günstiger werde, wenn sie vermehrt eingesetzt werde.

Ein Bürger legt dar, dass eine Schwierigkeit im Rahmen der Energiewende darin bestehe, dass Strom nicht in größerem Umfang gespeichert werden könne.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erklärt, dass die Speicherung von Strom in größerem Umfang aktuell noch nicht ganz einfach sei. Allerdings würden die technischen und strukturellen Möglichkeiten hierfür stetig besser. Er erläutert, dass die Anschaffung von Stromspeichern momentan gefördert werde. Durch den vermehrten Einsatz der Technologie sei es absehbar, dass die Kosten für Stromspeicher in Zukunft sinken würden. Durch den vermehrten Einsatz von Stromspeichern in privaten Haushalten könne die Stabilität des Stromnetzes erhöht werden.

2 f) Organisation der Bürgerforen: Zeitabstand zwischen den Sitzungen

Frau Gutendorf weist darauf hin, dass in diesem Jahr der Abstand zwischen den Sitzungen des Bürgerforums Nahne zu kurz sei. Weil die Sitzungen pro Stadtteil nur zweimal jährlich stattfinden, gibt es nach dem aktuellen Termin einen längeren Zeitraum, in dem kein Bürgerforum in Nahne stattfinden kann. Sie regt an, die Sitzungen der Bürgerforen dauerhaft im Rhythmus von 6 Monaten durchzuführen.

Herr Fillep trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor:
Die Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen finden gemäß der Geschäftsordnung zweimal jährlich statt.

Das letzte Bürgerforum Nahne fand am 04.03.2015 statt, somit beträgt der Abstand zur heutigen Sitzung vier Monate und vier Tage.

In diesem und im letzten Jahr waren die Termine der Sommerferien in Niedersachsen relativ spät angesetzt (in diesem Jahr bis 02.09., im letzten Jahr bis 10.09.). In solchen Fällen ist es

nicht möglich, alle 14 Sitzungstermine des zweiten Durchgangs der Bürgerforen erst nach den Sommerferien ab ca. Mitte/Ende September festzusetzen, da hierfür bis Jahresende nicht mehr genügend Termine zur Verfügung stehen. Die Termine der insgesamt 28 Sitzungen der Bürgerforen pro Jahr werden - neben den Schulferienzeiten - abgestimmt mit dem Kalender des Oberbürgermeisters und dem Sitzungskalender der Mitglieder des Rates der Stadt Osnabrück. Gemäß der Geschäftsordnung nehmen die Mitglieder des Rates an den Sitzungen der Bürgerforen in ihrem Wahlbereich teil. Überschneidungen mit Fachausschusssitzungen lassen sich aufgrund der Terminfülle dennoch nicht vermeiden.

Daher beginnt - wie im letzten Jahr - der zweite Durchgang der Sitzungen bereits vor den Sommerferien.

Im Jahr 2016 werden die Sommerferien in Niedersachsen vier Wochen eher beginnen (23.06. bis 03.08.2016), so dass der zweite Durchgang der Sitzungen - wie gewohnt - nach den Sommerferien beginnen wird.

2 g) Demografischer Wandel – Nahversorgung in den äußeren Stadtteilen

Frau Gutendorf und Herr Steinfeld sprechen das Thema „Wohnen und Leben im Alter“ an. Frau Gutendorf betont, dass auch in den äußeren Stadtteilen die Versorgung für ältere Menschen sichergestellt werden müsse. Sie regt an, ein Konzept zu diesem Thema zu erstellen. Herr Steinfeld weist auf die Möglichkeit zur Mitarbeit im „Netzwerk Stadtteilentwicklung“ hin und ruft zur Beteiligung von Personen aus dem Stadtteil Nahne auf.

Herr Fillep verliest die Stellungnahme der Verwaltung:
Die Verwaltung hat vor dem Hintergrund der erwarteten Zunahme der über 65Jährigen (bis 2030 um 5.000) ein Stadtentwicklungskonzept „Älterwerden in Osnabrück“ begonnen. In einem stadtweiten Beteiligungsprozess wurde untersucht, welche Stärken und Schwächen der Seniorenarbeit bestehen, wo strategische Handlungsbedarfe gesehen werden und was Akteure von der Stadt erwarten. Dazu wurden Interviews und Workshops mit Experten/-innen der Seniorenarbeit und Bürger/-innen zu folgenden Themen durchgeführt:

- Freizeit / Teilhabe
- Gesundheit / Prävention
- Wohnen / Infrastruktur / Mobilität
- Quartier / Dezentrale Angebote / Versorgung
- Unterstützung / Beratung.

Ergebnisse:
Es wurden Handlungsfelder der künftigen Seniorenarbeit identifiziert, Handlungsempfehlungen, Prioritäten, Aufgaben und Zuständigkeiten aufgezeigt, die künftig von Verwaltung und Seniorenbüro bearbeitet werden müssen.

Dazu gehören:
1. Quartiersansatz: Alle o.g. Themen sollen dezentral, Stadtteil- und Quartiersorientiert bearbeitet werden.
2. Aufgabe der Stadt soll die Bereitstellung statistischer Daten, die Moderation, Steuerung und Koordination des Prozesses sowie in der Vernetzung der Akteure sein (Informationsmanagement und Kommunikation).
3. Hohe Priorität haben die Themen: (barrierefreies und bezahlbares) Wohnen im Alter, Versorgungssicherheit im Alter, Teilhabe im Alter (Vermeidung von Einsamkeit) sowie (Verhinderung von) Altersarmut.

Erster Ratsauftrag im Rahmen dieser Aufgaben ist die Überarbeitung des Konzeptes der Seniorenwochen, da sich die Gruppe der Senior/-innen und deren Interessen verändert haben. Ziel der Seniorenwochen ist, ältere Menschen über neue Themen zu informieren, Treffpunkte und Ansprechstellen in den Stadtteilen zu initiieren, Einsamkeit zu verhindern,

bestehende Angebote bekannt zu machen. Wichtiger Aspekt dieser Neukonzeption der Seniorenwochen ist die Sozialraumorientierung. Es sollen Angebote in den Stadtteilen initiiert und auch im restlichen Jahr genutzt werden können.

Das Seniorenbüro hat Initiativen, die sich dem Thema „Älterwerden im Stadtteil“ widmen, im „Netzwerk Quartier“ zusammengefasst und angeboten, Vernetzung und fachlichen Austausch zu unterstützen und zu moderieren. Derzeit sind Initiativen aus den Stadtteilen Atter, Darum/Gretesch/Lüstringen, Dodesheide/Haste/Sonnenhügel, Innenstadt/Ledenhof, Natruper Straße, Rosenplatz, Voxtrup und Wüste eingebunden. Für den Stadtteil Nahne nimmt eine Einzelperson teil. Das Netzwerk hat sich konstituiert und wird im Juli seine Arbeit beginnen. Ziel des Netzwerkes ist es, möglichst viele Stadtteile und Akteure (Vereine/ Organisationen, Bewohner, Privatwirtschaft etc.) in den Quartiersansatz einzubinden.
Die Ansprechpartnerin im Seniorenbüro ist Frau Anette Herlitzius. Sie gehört zum Fachdienst Bürgerengagement und Seniorenbüro im Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement.

Frau Gutendorf äußert sich erstaunt darüber, wie viele Gruppen in Osnabrück bereits tätig sind. Sie betont, dass eine Beteiligung des Nahner Bürgervereins sicherlich erforderlich und sinnvoll sei.

Herr Steinfeld berichtet, dass er aus dem Stadtteil Nahne seit einem Jahr an dem genannten Netzwerk teilnimmt. Er regt an, dass sich auch weitere Bürger aus Nahne in das Netzwerk einbringen. Er weist darauf hin, dass in dem genannten „Netzwerk Quartier“ neben dem Thema des Älterwerdens in den Stadtteilen auch weitere Fragen der Stadtteilentwicklung behandelt werden. Er erklärt, dass eine Beteiligung des Nahner Bürgervereins ausdrücklich begrüßt würde.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt dar, dass sich die Gesellschaft im Wandel befinde und für die Zukunft voraussichtlich neue Ideen entwickelt werden müssten, wie eine Versorgung in allen Bereichen sichergestellt werden könne. Er weist in diesem Zusammenhang auf das von einigen Anbietern zur Verfügung stehende Angebot von Bringdiensten hin.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Für diesen Tagesordnungspunkt wurden für die Sitzung keine Themen angemeldet.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Bushaltestellen in Nahne: Fehlende Mülleimer

Herr Simon weist darauf hin, dass an der Bushaltestelle Nahne und an der Bushaltestelle Paradiesweg keine Mülleimer vorhanden sind. Insbesondere an der Bushaltestelle Nahne gebe es Müllansammlungen. Er bittet um die Wiederaufstellung von Mülleimern an der Bushaltestelle. Er erklärt, dass er direkter Anwohner der Bushaltestelle sei und wiederholt Müll auf seinem Grundstück vorfinde.

Herr Schulte erklärt, dass der Mülleimer an der Bushaltestelle Paradiesweg in stadtauswärtiger Richtung wieder aufgehängt worden sei. Er erläutert, dass der Abfallbehälter dort auf Wunsch von Anwohnern abgebaut worden sei, weil Autofahrer dort regelmäßig angehalten haben um ihren Müll zu entsorgen. Nach den bisherigen Erfahrungen helfe es, wenn vier Wochen lang kein Abfallbehälter vorhanden sei. Dadurch verbessere sich die Situation. Er legt dar, dass diese Vorgehensweise auch an anderen Bushaltestellen so praktiziert werde. Zur Bushaltestelle in der Ansgarstraße erklärt er, dass zeitnah ein Abfallbehälter wieder angebracht werden solle.

Herr Simon legt dar, dass die Mülleimer an der Bushaltestelle schon öfter beschädigt worden seien. Es handele sich dabei um ein wiederkehrendes Problem. Die früher verwendeten Modelle konnten leicht abgebaut werden. Die jetzt verwendeten Abfallbehälter seien robuster. Er bittet darum, zeitnah wieder einen Abfallbehälter an der Bushaltestelle anzubringen.

4 b) Anbringung von Hinweisschildern zur Verdeutlichung der Verkehrssituation in den Einbahnstraßen Wirwin-Esch, Unterm Berge und Potthoffweg

Ein Bürger berichtet, dass die Befahrung der drei Verbindungsstraßen zwischen Ansgarstraße und Paradiesweg mit dem Fahrrad auch in Gegenrichtung zu der in den Straßen geltenden Einbahnstraßen-Regelung erlaubt sei. Es handelt sich um die Straßen Wirwin-Esch, Unterm Berge und Potthoffweg. Er legt dar, dass es am Ende der Straßen jeweils ein Hinweisschild für Radfahrer gebe. Allerdings gebe es am Anfang der Einbahnstraßen keinen Hinweis für die in die Straße einfahrenden Autofahrer. Er berichtet, dass Autofahrer schon mehrfach ungehalten reagiert hätten, weil ihnen die geltende Regelung nicht bekannt sei.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Der Hinweis wurde weitergeleitet. Die entsprechenden Schilder sollen zeitnah angebracht werden.

4 c) Busfahrpläne der Stadtwerke Osnabrück online einsehen

Ein Bürger erläutert, dass die Fahrpläne der Busse der Stadtwerke auf der Homepage der Stadtwerke abgerufen werden können. Dieser Service sei positiv, auch, weil die Pläne für einzelne Linien ausgedruckt werden könnten. Er weist allerdings darauf hin, dass die Linien 61 und 62, welche auch die Haltestelle Paradiesweg frequentieren, nicht unter den Haltestellenplänen zu finden seien.

Außerdem weist er darauf hin, dass die digitalen Fahrtenanzeiger an den Bushaltestellen einige Linien nicht anzeigen können.

Herr Schulte erklärt, dass der Hinweis aufgenommen und geprüft werde. Er legt dar, dass vorgesehen sei, das Angebot der digitalen Fahrtenanzeiger zu erweitern. Für eine Erweiterung sei jedoch die Einwerbung von Fördermitteln Voraussetzung, da eine Umrüstung der Busse mit entsprechenden Bordcomputern sonst nicht finanzierbar wäre. Er erläutert, dass die vorgesehenen Bordcomputer neben der Steuerung der digitalen Fahrtenanzeiger auch weitere Serviceleistungen erfüllen würden, wie beispielsweise die in einigen Bussen bereits vorhandenen Nachrichtenbildschirme.

4 d) Barrierefreier Zugang Franz-Hecker-Schule Osnabrück

Ein Bürger erklärt, dass es keinen behindertengerechten Zugang zur Franz-Hecker-Schule gebe und bittet um die kurzfristige Einrichtung eines barrierefreien Zugangs.

Herr Hus legt dar, dass für die Umsetzung einer solchen Maßnahme finanziert werden müsse und verweist auf die aktuelle Haushaltssituation der Stadt Osnabrück. Es sei vom Rat der Stadt festgelegt worden, mehr Geld in die Umsetzung von Investitionsmaßnahmen an Schulen zu investieren. Allerdings handele es sich um ein mehrjähriges Programm, da die erforderlichen Maßnahmen nicht gleichzeitig an allen Schulstandorten umgesetzt werden könnten. Im Rahmen der Investitionsmaßnahmen werde jeweils auch geprüft, ob Maßnahmen zur Gewährleistung der Barrierefreiheit umgesetzt werden können.

Herr Dr. E. h. Brickwedde weist darauf hin, dass der städtische Haushalt ein hohes Defizit aufweise. Die erforderlichen Investitionen in frühkindliche Erziehung, Horte und Kinderkrippen würden Kosten in Millionenhöhe verursachen. Hinzu kämen hierzu noch die zusätzlichen Personalkosten für zusätzliche Einrichtungen in diesem Bereich. Er legt dar, dass derzeit in vielen Bereichen wichtige Maßnahmen umgesetzt würden. So gebe es von vielen Eltern den Wunsch, das Ganztagsschulangebot auszuweiten. Aufgrund der beschriebenen Situation

könne derzeit jedoch jährlich nur eine Grundschule in eine Ganztagsschule umgewandelt werden.

Ein Bürger erklärt, dass die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs keine hohen Kosten verursachen würde.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass nicht nur für die angesprochene Schule Maßnahmen gefordert würden, sondern dies für viele Schulen im Stadtgebiet gelte. Er erklärt, dass der Hinweis aufgenommen und geprüft werde.

Herr Fillep erklärt, dass von der Verwaltung das Ziel verfolgt werde, möglichst allen Wünschen gerecht zu werden. Da die Umsetzung der Maßnahmen nicht gleichzeitig möglich sei, würden Prioritäten festgelegt und in dieser Reihenfolge umgesetzt. Er legt dar, dass die finanziellen Möglichkeiten der Stadt seitens einiger Bürger überschätzt würden. Die Stadt habe jährlich ein strukturelles Defizit von circa 15 Millionen Euro. Es sei eigentlich erforderlich, die vorhandenen Leistungsangebote zu reduzieren, da viele Leistungen nicht im gleichen Maße durch Steuereinnahmen gegenfinanziert werden könnten. Allerdings gebe es immer Widerstände, wenn Leistungen reduziert werden sollen, um zu sparen. Er legt dar, dass gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den Parteien erörtert werde, wie die Einnahmen der Stadt erhöht werden können.

Er weist darauf hin, dass ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse gelte und bis dahin die Finanzstruktur der Stadt so geändert werden müsse, dass diese nachhaltig sei. Problematisch sei allerdings, dass die Gewerbesteuer erheblichen Schwankungen unterliege. Hinzu komme, dass ein großer Teil der Einnahmen aus der Steuer über eine Umlage verteilt werde. Diese werde nach der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden verteilt. Deshalb sei es ein festgelegtes Ziel, den Bau von Wohnungen zu fördern und die Einwohnerzahl zu steigern.

Er erklärt, dass zur Reduzierung des strukturellen Defizits zum einen eine Steigerung der Einwohnerzahl von Osnabrück angestrebt werde und zum anderen das Leistungsangebot an die finanziellen Möglichkeiten angepasst werden müsse. Dies müsse in der Politik diskutiert werden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass das Leistungsangebot bereits in der Vergangenheit reduziert worden sei. Er verweist hierzu auf die Reduzierung der städtischen Schwimmbäder und die Schließung der Stadtteilbibliotheken. Zur Verbesserung der Einnahmesituation sei seitens des Rates die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer beschlossen worden, um einen Anreiz zur Anmeldung eines Erstwohnsitzes in Osnabrück zu schaffen und somit mehr Geld aus der Umlage der Steuereinnahmen zu erhalten.

Herr Hus erklärt, dass die damalige Entscheidung, die Zahl der städtischen Schwimmbäder zu reduzieren, sehr schmerzhaft gewesen sei. Allerdings sei diese Entscheidung notwendig gewesen, um die jetzt vorhandenen drei Schwimmbäder dauerhaft betreiben zu können. Aufgrund der damaligen Entscheidung sei die Stadt im Bäderbereich heute gut aufgestellt. Auch in anderen Bereichen seien in der Vergangenheit bereits ähnliche Entscheidungen erforderlich gewesen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde bestätigt die Ausführungen von Herrn Hus. Er weist allerdings darauf hin, dass der Betrieb der Schwimmbäder trotzdem jährliche Kosten in Höhe von etwa vier Millionen verursache. Auch der ÖPNV und der Betrieb des Theaters sei defizitär.

4 e) Durchführung einer Verkehrszählung im Paradiesweg

Ein Bürger bittet darum, Verkehrszählgeräte im Paradiesweg aufzustellen und die Verkehrsmengen zu erfassen. Durch die Baumaßnahmen im Umfeld und die Sanierungsmaßnahmen auf der Autobahn gebe es eine deutliche Steigerung der Verkehrsmengen im

Paradiesweg. Hinzu komme, dass viele Fahrzeuge mit überhöhten Geschwindigkeiten fahren. Dieser Zustand bestehe über den gesamten Tag und beginne bereits früh morgens.

Herr Drees legt dar, dass Verkehrszählgeräte zur Erfassung statistischer Daten im gesamten Stadtgebiet eingesetzt werden. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in vielen Bereichen gebe es sehr viele Anfragen zur Durchführung von Verkehrszählungen. Im Paradiesweg seien vorab zu den aktuell laufenden Baumaßnahmen Verkehrszählungen durchgeführt worden. Er erläutert, dass im Paradiesweg aktuell eine außergewöhnliche Situation vorliege. Die Straße sei in einem schlechten Zustand, außerdem gebe es einen hohen Parkdruck. An diesen Zustand könne auch die Durchführung einer Verkehrszählung nicht beheben.

Ein Bürger berichtet, dass er darum gebeten habe, dass Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Es sei ihm mitgeteilt worden, dass es nicht möglich sei in der Straße zu „blitzen“. Er weist darauf hin, dass es sich beim Paradiesweg ausdrücklich nicht um eine Durchfahrtsstraße handelt. Allerdings werde das Durchfahrtsverbot regelmäßig ignoriert.

Frau Gutendorf erläutert, dass es besonders zum Zeitpunkt des Feierabends beim Landkreis viel Durchgangsverkehr gebe. Die aktuelle Situation sei für alle Anwohner sehr misslich. Sie weist allerdings auch darauf hin, dass es sich hierbei um eine Momentaufnahme für den Zeitraum der Bauarbeiten handele.

4 f) Schließung des Altenwohnzentrums der AWO am Schölerberg

Ein Bürger verweist auf einen Zeitungsbericht zur voraussichtlichen Schließung des Altenwohnzentrums der AWO am Schölerberg und erkundigt sich, ob es Informationen zur weiteren Entwicklung an dem Standort gibt.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erklärt, dass hierzu keine Informationen vorliegen würden.

4 g) Verkehrsführung von der BAB-Ausfahrt Osnabrück-Nahne Richtung Stadtteil Nahne

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Verkehrsführung von der BAB-Ausfahrt Osnabrück-Nahne in Richtung Stadtteil Nahne nicht optimal sei. In kurzer Zeit müssten vier Spuren gewechselt werden, um in den Stadtteil abzubiegen. Auf die Abbiegespur könne erst sehr spät gewechselt werden. Er regt eine Umgestaltung des Knotenpunktes an.

Herr Drees erklärt, dass eine Umgestaltung des Knotenpunktes derzeit nicht vorgesehen sei. Er erläutert, dass es eine Möglichkeit sein könne, rechts in die Straße Im Nahner Feld einzubiegen, zu drehen und über die Kreuzung in den Stadtteil Nahne zu fahren.

Herr Dr. E. h. Brickwedde dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Nahne für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez.

Goedecke
Protokollführer

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Bericht aus der letzten Sitzung		TOP 1
Bürgerforum	Sitzungstermin	
Nahne	Mittwoch, 08.07.2015	

a) Sachstand Marktkauf Nahne (Das Thema wurde bereits in den folgenden Sitzungen behandelt: 01.10.2013 unter Punkt 2b; 19.03.2014 unter Punkt 2j; 09.07.2014 unter Punkt 2c und 04.03.2015 unter Punkt 2f)

Von Anwohnern und dem Bürgerverein Nahne e.V. war unter anderem eine Verbesserung der Verkehrsführung im Bereich des Marktkaufes gefordert worden. In einem Ortstermin wurde die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs vorgeschlagen.

Zwischeninformation der Geschäftsleitung des Marktkaufes:

Wie bereits der aus dem Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung am 02.07.2015 zu entnehmen war, wurde der Mietvertrag für den Marktkauf um ein halbes Jahr (bis zum 30.06.2016) verlängert. Nach telefonischer Rückmeldung der Geschäftsleitung des Marktkaufes sollen weitere Gespräche mit dem Eigentümer des Grundstückes geführt werden, um einen langfristigen Mietvertrag abzuschließen. Dies sei die Voraussetzung für die geplanten Investitionen in eine Sanierung des Marktes. Die von den Bürgern im Bürgerforum und bei einem Ortstermin vorgetragenen Wünsche könnten erst im Zuge der Sanierung des Marktkaufes umgesetzt werden. Die geäußerten Anliegen der Bürger seien bekannt und würden soweit möglich für die weiteren Planungen beachtet.

b) Parkverstöße in den Straßen Unterm Berge und Paradiesweg (TOP 2d aus der letzten Sitzung am 04.03.2015)

In der Sitzung war darauf hingewiesen worden, dass es wiederholte Parkverstöße in dem Bereich gibt. Zu den Verstößen zählten unter anderem parkende Fahrzeuge entgegen der Fahrtrichtung und im Einmündungsbereich der Straße Unterm Berge. Es wurden in der Sitzung unter anderem Kontrollen des Verkehrsaußendienstes und die Aufstellung von Pollern gewünscht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die Situation überprüft. Im Einmündungsgebereich Unterm Berge auf den Paradiesweg sind Parkgrenzmarkierungen auf der Fahrbahn vorhanden. Deshalb ist es rechtlich eindeutig geregelt, dass hier nicht geparkt werden darf. Der Verkehrsaußendienst der Stadt wird diesen Bereich weiterhin kontrollieren.

Poller dürfen nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung nicht auf die Straßenfläche gesetzt werden, weil sie ein Hindernis – zum Beispiel beim Ausweichen bei Gegenverkehr - darstellen würden.